

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 80 (2000)
Heft: 7-8

Buchbesprechung: Sachbuch

Autor: [s.n.]

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Curt Gasteyer,
von 1974 bis 1994
Professor für internationale Beziehungen am «Institut universitaire de hautes études internationales» in Genf, ist seit 1994 emeritierter Professor und weiterhin (seit 1978) Direktor des «Programme for Strategic and International Security Studies». 1964–1968 war er Programmdirektor am «International Institute for Strategic Studies» in London und 1968–1974 stellvertretender Direktor des Atlantischen Instituts für internationale Angelegenheiten in Paris.

WELTPOLITIK ZWISCHEN ANARCHIE UND NEUORDNUNG

Anmerkungen zu einigen Neuerscheinungen

Es hätte des Kosovo-Krieges und der Art, wie er nicht vermieden und dann geführt wurde, nicht bedurft, um in aller Deutlichkeit einsichtig zu machen, wieweit die Welt, einschliesslich ihrer transatlantischen Komponente, noch von der vorzeitig angekündigten «neuen Ordnung» entfernt ist. Dass Kriege wieder oder immer noch möglich sind, dürfte eigentlich niemanden überraschen. Es gab ihrer trotz der scheinbar eingefrorenen Fronten im Kalten Krieg mehr als genug; es hat sie nach dessen Ende in neu-alter Auflage ebenfalls gegeben. Auch die – gewiss zutreffende – These, dass sich diese Konflikte von der internationalen immer mehr auf die innerstaatliche Ebene verlagert haben, ist schwacher Trost für die davon jeweils betroffene Bevölkerung und wohl auch für jene, die diese Kriege nicht verhindern konnten oder wollten.

«Kosovo» hat auch an der reichlich selbstzufriedenen Feststellung gerüttelt, Europa habe seine geschichtliche Lektion endlich gelernt und sei fortan wenn nicht krisen- so doch kriegsresistent. Kriege, so der Schluss, seien Sorge und Qual anderer Kontinente. So nahm Europa mit recht erstaunlicher Gelassenheit den kürzlichen Kampf um Bruchstücke der umstrittenen Kaschmirregion zur Kenntnis – immerhin ein – der erste – Krieg zwischen zwei Mächten, Indien und Pakistan, die sich als nuklear gerüstet bezeichnen. Und wie sehr beschäftigt die europäische Öffentlichkeit die in strategische Dimensionen reichende Aufrüstung der beiden immer noch antagonistischen Koreas? Wo weitreichende Raketen getestet werden, wie es das sonst bankrotte Nordkorea wieder vorhat, liegt die Vermutung nahe, sie mit entsprechend wirksamen Sprengköpfen zu versehen. Das sind erfahrungsgemäss solche der Massenvernichtung, also in erster Linie nukleare. Die Folgewirkungen nordkoreanischer Nuklearrüstung lassen sich in etwa voraussehen: Sie werden das übrige Asien erfassen und damit die ohnehin schon durchlässig gewordenen

Sperrmauern der Nichtweiterverbreitung (Nonproliferation) endgültig unterspülen.

Diese als Ouvertüre gedachten Überlegungen führen zur Frage, ob die Welt von morgen chaotischer zu werden verspricht, oder ob wir von der wirtschaftlichen Globalisierung und der strategischen Nuklearisierung neue, zweifellos nötige ordnungspolitische Impulse erwarten dürfen. Eines ist jedenfalls sicher: Das Ende des Kalten Krieges hat uns zwar von einem fruchtlosen ideologischen Systemwettbewerb, messianisch motivierten Expansionsgelüsten und damit auch einem sinnlos gefährlichen Wettrüsten befreit. Es hat der Welt aber nur eine kurze Atempause verschafft, über eine neue, bessere und vielleicht sogar gerechtere Ordnung nachzudenken. Die von ideologischen Zwängen befreite «Demokratisierung» der Weltpolitik, bei der lange unterdrückte oder an den Rand verwiesene Staaten sich nunmehr Wort und Gehör verschaffen können, ist gewiss willkommen. Die Tatsache aber, dass fortan beinahe jeder mit jedem verkehren kann, ohne Sanktionen oder Repressionen befürchten zu müssen, schafft noch keine Ordnung. Die Versuchung

liegt nahe, eher das Gegenteil anzunehmen. Orientierungen sind also gefragt.

Universalismus oder Regionalismus

An Denkmodellen fehlt es wahrhaft nicht. Auf einen einfachen Nenner gebracht, kreisen fast alle um die beiden Extreme von «unipolar» und «multipolar», also einer von einer einzigen Macht dominierten oder doch determinierten Welt einerseits, und einer diffuseren, von mehr oder weniger gleichrangigen Staaten im mehrseitigen Gegen- und Miteinander beeinflussten Welt andererseits. Dazwischen oder jenseits davon gibt es vielerlei Varianten, deren Extreme eine Weltregierung hier und eine weitgehende, wo nicht völlige Anarchie da sind. Wo die Menschen sich immer mehr miteinander vermischen, bleiben die Grundmuster der Staatenwelt in etwa dieselben. Keineswegs überraschend tauchen als Kandidaten für diese multipolare Konstellation – neben den unvermeidlichen Vereinigten Staaten – Länder auf, die nicht zufälligerweise alle auf dem eurasiatischen Kontinent oder dessen unmittelbar vorgelagerten Insel angesiedelt sind. Gemeint sind Europa (mit Kern Europäische Union), Russland, China, Indien und Japan. Ein gelegentlicher höflicher Hinweis auf peripher gelegene grosse Länder wie Indonesien, Südafrika, Nigeria, Brasilien und Mexiko mag für die Entwicklung regionaler Strukturen wichtig sein. Global fehlt diesen Ländern, weil entweder geographisch marginal, wirtschaftlich ungesichert, innenpolitisch problematisch oder alles zusammen, das für weltpolitische Ambitionen erforderliche Gewicht¹.

Manche Beobachter sehen in dieser multipolaren Option vorläufig mehr Anspruch als Wirklichkeit. Sie entdecken hier mehr chaotische oder ungesicherte als ordnungspolitisch massgebende Elemente. In beiden Varianten – uni- oder multipolar – spiegelt sich der seit kurzem neu zuspitzende Gegensatz zwischen Universalismus und Regionalismus wider. Der erstere entspräche der Aussicht auf eine im wahrsten Sinne grenzenlose Einheit, einen weltweit gemeinsamen und auch gemeinsam anerkannten Regelungsmechanismus. Also, wenn man so will: einer in den politisch-organisatorischen Bereich hinein verlän-

gerten Globalisierung. Das «Weltdorf» hätte endlich die ihm zukommenden oder nötigen gemeinsamen Spielregeln. Beim Regionalismus wird dagegen eher an mehr oder weniger selbständige und selbstgefügte Regionen mit denen ihnen zugehörigen Staaten gedacht.

Dem ist sogleich anzufügen, dass die eine Alternative die andere nicht ausschliesst. Nur zeigt die Erfahrung mit Institutionen globaler Mission – wie die Vereinten Nationen –, dass Repräsentanz sich selten mit Effizienz vermählt und dass letztere immer ein gewisses Mass an politischer Homogenität und gleichgerichteten Interessen voraussetzt. Das sind, überblickt man die in Frage kommenden Regionen, Bedingungen, die einstweilen nur sehr wenige unter ihnen ansatzweise und zukunftsweisend vorzeigen können.

Beiden universellen und regionalen Verbundsystemen geht es darum, einer sonst konturlosen, jedenfalls ohne gemeinsame Ordnungsprinzipien regulierten Welt ein gewisses Mass an Leitplanken allseitiger Zusammenarbeit zu verpassen. Derartige ordnende Ansätze sind nicht neu. Es gab und gibt sie, meist allerdings nur bruchstückweise, in vielerlei Bereichen. Wer den 1999 erschienenen Memoirenband *Henry Kissingers*² liest, wird einmal mehr feststellen, wie sehr es dem Schüler Metternichs und Bismarcks darum ging, die sterile Zwangsjacke sowjetisch-amerikanischer Konfrontation zugunsten einer erweiterten weltpolitischen Konstellation zu sprengen. Als Mitspieler in einer solchen mehrpoligen Mächtearchitektur kamen für ihn einmal Europa, sodann China in Frage. Ein Schlüsselbegriff hierfür blieb – jedenfalls im westlich geprägten Denken Kissingers – das Ringen um Gleichgewicht unter den jeweils massgebenden Mächten. Seine Bewahrung einerseits, und die Befolgung der hierfür von allen zu beachtenden Spielregeln andererseits, waren die Voraussetzung für ein einigermassen krisenfreies Funktionieren dieser Konstellation. Heute, im Zuge einer grenzen- und beinahe schrankenlosen Erweiterung des politischen Spielfeldes zeigt sich, dass jenseits des transatlantischen Einflussbereichs Begriffe wie «Gleichgewicht der Kräfte» praktisch unbekannt oder als «westliches Importprodukt» rundweg abgelehnt werden.

1 Vgl. hierzu vom Verfasser *Security in the 21st Century: Trends and Perspectives, PSIS Occasional Paper Nr. 1/1999.*

2 Henry Kissinger, *Years of Renewal*. Verlag Simon & Schuster, New York 1999.

In seiner «Geschichte der internationalen Beziehungen»³ trifft der in Japan lehrende deutsche Politologe *Harald Kleinschmidt* die Feststellung, dass die Welt sich zwar daran gewöhnt habe, internationale Beziehungen als solche zwischen Staaten wahrzunehmen. Seit ungefähr zehn Jahren – also wohl seit Ende des Kalten Krieges – dämmere ihr aber die Erkenntnis auf, dass das internationale System selbst eine «*dynamische Grösse*» sei und dem Wandel der Zeit unterliege. Zugleich zeigt sich, dass Staaten mit anderer geschichtlicher Tradition diese Beziehungen und dieses euphemistisch als «System» bezeichnete Gewirr unzähliger zwei- und mehrseitiger Beziehungen ganz anders sehen als die über lange Jahrhunderte bestimmenden europäischen Mächte zunächst, die Vereinigten Staaten sodann.

Neue Akteure

Dafür legt zumal Asien mit seinen aufsteigenden Grossstaaten derzeit eindrückliches Zeugnis ab. So besitzt China keinerlei aussenpolitische Tradition, die jener der westlichen Staaten gleichkäme. Die Bewahrung eines Gleichgewichts der Kräfte war bei ihm stets und fast ausschliesslich eine innenpolitische Sorge. Allianzen hat China nur eine geschlossen – jene mit der Sowjetunion im Jahre 1950 – und damit ungute Erfahrung gemacht. Indien ist erst seit seiner Unabhängigkeit in die internationale Politik eingestiegen. Jenseits seiner Unterstützung des *Non-Alignment*, also des Abseitsstehens im Ost-West Konflikt, war es trotz seiner Grösse seither nie eine über die Region hinausgehende prägende Kraft internationaler Politik.

Heute sind wir Zeuge, wie das ob Nato-Osterweiterung, indischer Nuklearrüstung und amerikanischer Nonchalance irritierte China seine militärischen Muskeln gegenüber dem scheinbar unbotmässigen Taiwan spielen lässt. Die seit kurzem hörbare nationalistisch-aggressivere Tonart lässt, nachdem in Beijings Sicht die Nato-Intervention gegen Serbien einen gefährlichen Präzedenzfall geschaffen hat, nicht viel Gutes ahnen für ein zumindest regionales Mit- anstelle des bisherigen Gegeneinander im asiatischen Raum. Von einer «*Ordnung*» mit allseits respektierten Verhaltensregeln und gemeinschaftlichen Institutionen ist dieser jedenfalls noch weit entfernt.

Die seit kurzem hörbare nationalistisch-aggressivere Tonart lässt, nachdem in Beijings Sicht die Nato-Intervention gegen Serbien einen gefährlichen Präzedenzfall geschaffen hat, nicht viel Gutes ahnen.

Die ehemaligen Kolonien in Asien und Afrika, lange Zeit Objekt anstatt Subjekt internationaler Politik, sehen diese letztere ebenfalls ganz anders als ihre früheren, heute auf sich selbst zurückgezogenen Meister. Daraus erklärt sich einmal ihr nach wie vor spürbarer Widerstand gegen eine als Dominanz, wenn nicht als Arroganz empfundene Politik der westlichen Welt. Nirgendwo ist dieses in ein tiefes Ressentiment umschlagende Unbehagen grösser als in arabischen und/oder muslimisch geprägten Ländern. Erklärbar wird diese Skepsis durch die Angst vor der vom Westen vorangetriebenen wirtschaftlichen Globalisierung und humanitären «Indoktrinierung». Damit ist zugleich und wenigstens teilweise angedeutet, dass weder die eine noch die andere Entwicklung – der knallharte Wettbewerb der Märkte hier, das selbstbewusste Beharren auf Demokratisierung und Menschenrechte da – bereits zu einem «System» mit festen Spielregeln und durchsetzungsfähigen Institutionen führen wird. Davon sind wir noch weit entfernt. Manch einer möchte sogar wünschen, dass dem so bleiben möge.

Es ist nicht zuletzt die Ohnmacht universeller Organisationen – schmerzlich häufig demonstriert durch die Vereinten Nationen –, die die Entstehung räumlich begrenzter und politisch einander zugeordneter Institutionen fördert. Der Regionalismus wurde – um mit einem anderen deutschen Politologen, *Werner Link*, zu sprechen, zum «*Strukturprinzip zweiter Ordnung*»⁴. Nach *Link* ist der derzeit praktizierte Regionalismus eine konstruktive Antwort auf die ökonomische Globalisierung. Er wird damit vornehmlich für den «geo-ökonomischen», weniger für den geopolitischen Wettbewerb konstitutiv. Das ist sicher richtig. Die Frage ist nur, wo bleibt die Politik und deren ihr zugehörige regulative Funktion? Wer auf das nun zuende gehende Jahrhundert zurückblickt, wird genau dieses Fehlen einer verbindenden oder ausgleichenden Diplomatie vermissen, die ein *Metternich* oder *Bismarck* zu meistern wussten. Gewiss, sie taten es in einem räumlich klar umschriebenen, d.h. Europa umfassenden Rahmen. Die leitende Rolle des Staates und seiner Regierung war unbestritten, und die Aussenpolitik nicht oder nur marginal von vielfach widersprüchlichen Interessen und

³ Harald Kleinschmidt, *Geschichte der internationalen Beziehungen*. Verlag Reclam, Stuttgart 1998.

⁴ Werner Link, *Die Neuordnung der Weltpolitik. Grundprobleme globaler Politik an der Schwelle zum 21. Jahrhundert*. Verlag C. H. Beck, München 1998.

deren Vertretern beeinflusst. Das erlaubte zugleich einen Wechsel der Allianzen. Sie trug dem jungen deutschen Reich den Ruf der Unberechenbarkeit ein⁵. Vielleicht besteht heute, nach den Katastrophen von zwei in Europa ausgelösten Weltkriegen, die Besonderheit Europas in der Tatsache, dass die europäische Integration Allianzwechsel praktisch ausschliesst und damit Kerneuropa, zudem über die Nato mit Amerika verbunden, in seiner Politik berechenbar macht. Um so schwieriger daher ist die Antwort auf die Frage, welchen Platz und welche Rolle das mehrfach marginalisierte und strategisch «freischwimmende» Russland in und gegenüber diesem Europa einnehmen wird oder einnehmen soll.

Verinnerlichung der Aussenpolitik

Im Unterschied zu Europa bleiben, so scheint es, in anderen Weltteilen Wechsel von Allianzen oder Rivalitäten durchaus denk- und vielleicht sogar wünschbar. Das lässt Spannungen ebenso wie Einvernehmen erwarten. Es erschwert aber die Voraussehbarkeit eines vor Rückfällen in Krisen und Konflikte behinderten Strebens nach geordneten Verhältnissen. Hinzu kommt das, was wir als «*Verinnerlichung der Aussenpolitik*» bezeichnen möchten. Gemeint ist die vor allem in Nordamerika und Europa festzustellende Neigung, Aussenpolitik im Spiegel oder als Verlängerung innenpolitischer Auseinandersetzungen zu führen. Was heute den Bürger in erster Linie bewegt, sind längst nicht mehr Machtkalküls traditioneller Art. Es sind soziale, ökologische, gesellschaftliche, humanitäre Besorgnisse, deren Bewältigung immer sichtbarer auf internationaler Ebene zu suchen ist. Kein Politiker, dem an einer Wiederwahl liegt, wird eine solche Entwicklung und damit das Gewicht der hierzu befragten öffentlichen Meinung ignorieren können. Das kann gutgehen, wo echte innere Sorgen zu aussenpolitischen Handeln und Einvernehmen zwingen. Es wird problematisch, wo es um strategische Interessen geht, deren längerfristige Wirkung und Gewichtung sich oft dem Urteil des Mannes auf der Strasse entziehen. Wenn deshalb ein amerikanischer Präsident das Für und Wider solcher strategischen Entscheide an den hierüber ge-

*Im
Unterschied
zu Europa
bleiben,
so scheint es,
in anderen
Weltteilen
Wechsel von
Allianzen oder
Rivalitäten
durchaus
denk- und
vielleicht
sogar
wünschbar.*

führten Meinungsumfragen misst, dann ist weder Konstanz noch Substanz einer solchermassen abgestützten Politik gewährleistet. Und was auf weltpolitischer Ebene für Amerika gilt, gilt im operationalen Bereich auch für Schweizer Bundesräte und deren Schielen auf hier offenbar einschlägige Massenmedien.

Europa nach Kosovo

Es ist somit nicht nur die enorm gewachsene Komplexität internationaler Politik, sondern auch das schier grenzenlose Mass ihrer Beeinflussbarkeit durch oft sachfremde Faktoren, die ihre Umsetzung in funktionstüchtige und verlässliche Institutionen und Vereinbarungen erschweren. Die Geschicke der internationalen Beziehungen werden damit, soll deren Neigung zur Anarchie zurückgebunden werden, auf das innerstaatlich bewährte Subsidiaritätsprinzip verwiesen⁶.

Die Europäische Union hat es vor kurzem entdeckt und im Maastrichter Vertrag festgehalten: Bestimmte Verantwortungsbereiche sollen an funktionsfähige Gremien auf nachgeordneten nationalen oder regionalen Ebenen delegiert werden. Es ist, wenn man will, «*fédéralisme à l'envers*». Offen bleibt vorläufig, ob eine solche arbeitsteilige, nach Funktionsfähigkeit bemessbare Delegation sachlicher Kompetenzen an geographisch enger umschriebene Einheiten sinnvoll ist und zu besseren Ergebnissen führt. In nicht-europäischen Weltregionen, in Asien zumal, kann von Subsidiarität vorderhand nicht die Rede sein. In Schwarzafrika zeichnen sich immerhin als Folge einer nicht abreissenden Kette grausamer Kriege Ansätze zu regionaler Zusammenarbeit ab: Die Organisation afrikanischer Einheit (OAU) hat hier an Profil und Gewicht einiges hinzugewonnen. Auf wirtschaftlichem Gebiet wächst in Lateinamerika, zum Teil im Verbund mit Nordamerika, ein sich erweiterndes Regionalsystem heran.

In Europa schliesslich stellt sich nach dem Kosovo-Krieg die bisher sorgfältig vermiedene Frage, ob die Vielfalt seiner Institutionen – vom vorzeitig aufgeblähten Europarat über die dahinserbelnde russisch inspirierte «Gemeinschaft Unabhängiger Staaten» (GUS) bis hin zur Nato – nicht mehr Hindernis als Vorteil ge-

5 Hierzu Beiträge zur Festschrift für Hans-Peter Schwarz in: *Macht und Zeitkritik*. Verlag Ferdinand Schöningh, Paderborn 1999.

6 Kleinschmidt, a.a.O., S. 394.

meinsamer Ordnungspolitik ist. Die Erfahrungen mit der «Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa» (OSZE) einerseits, der Nato andererseits, sind, wo es um Zuständigkeit und Durchsetzungsvermögen in Krisen geht, nur sehr bedingt ermutigend. Die beiden für die Sicherheit zuständigen Institutionen sind hinsichtlich ihrer Mitgliederzahl (53 zu 19), Verfassung und Auftrag zu verschieden, um mehr als partiell komplementär zu sein.

Die auf Drängen «kriegsverdienter» Balkanländer (Mazedonien, Bulgarien, Rumänien, wenn nicht Albanien) in Aussicht stehende zweite Osterweiterung der Nato dürfte ebensoviel neue Probleme und Spannungen schaffen wie sie zu lösen vorgibt. Das röhrt einmal von der historischen, ethnischen und religiösen Vielfalt, dem unterschiedlichen wirtschaftlichen Entwicklungsgrad und der komplexbehaf- teten politischen Erbmasse dieses Raumes her. Gewichtiger noch ist die Frage, wie

⁷ Vgl. u.a. *The Oxford History of the Twentieth Century*. Ed. by Michael Howard and William Roger Louis, Oxford; University Press 1998. *The Columbia History of the Twentieth Century*. Ed. by Richard W. Bulliet, New York, Verlag Columbia University Press 1998.

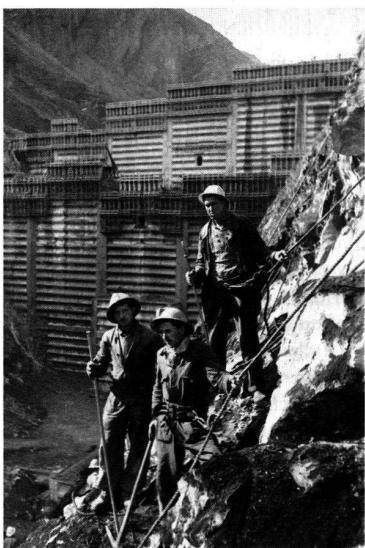
im Blick auf eine solche weit in den ost-europäischen Raum hinreichende Ausdehnung westlich-amerikanischen Einflusses eine von beiden Seiten mitgetragene Einbindung Russlands und seiner slawischen Nachbarn bewerkstelligt werden kann.

Hier stellt sich für Europa, nach dem kriegsgesättigten zwanzigsten Jahrhundert, eine ordnungs- und friedenspolitische Aufgabe allerersten Ranges für das nächste. Wer sich die nun in mehreren grossen Sammelwerken⁷ dargestellten Fehler und Erfolge, Versäumnisse und Ergebnisse, ungelöster und noch zu bewältigender Aufgaben europäischer und immer mehr globaler Politik zu vergegenwärtigen sucht, wird die Chancen für das Heranwachsen einer tragfähigen internationalen Ordnung sehr vorsichtig bewerten. Heute lässt sich zumindest in etwa absehen, worum es geht und was zu tun oder zu vermeiden ist. Das ist immerhin mehr als was unsere Vorfahren an der Schwelle zu diesem Jahrhundert zu erahnen vermochten. ♦

TITELBILD

ENERGIEWIRTSCHAFT: AM ANFANG STAND EIN GIGANTISCHER EINSATZ VON MENSCHEN UND TECHNIK

Die Bauarbeiten der Grande Dixence im Wallis (1951–1962) im Spiegel historischer Photographien – Zu Titelbild und Illustration des Dossiers



Bau der Staumauer der Grande Dixence im Wallis (1951–1962). Geologische Messungen hinter der emporwachsenden Staumauer. Photo: Frank Gygli

Auf der Baustelle der Grande Dixence im Val d'Hérémence wurde ein riesiges Betonmauerwerk errichtet. Die Bauarbeiten begannen 1951 und dauerten bis 1962. Die Mauer ist 285 Meter hoch und hat einen Volumen von über 6 Millionen Kubikmetern. Der Speicher hat eine Kapazität von 401 Millionen Kubikmetern. Die Bauarbeiten waren eine kolossale Leistung von Mensch und Technik. Die Arbeiter mussten unter schwierigen Bedingungen arbeiten, oft in Höhen von über 2000 Metern. Die Bauarbeiten waren eine wichtige technische und soziale Leistung der Schweiz.

Die Staumauer der Grande Dixence im Val d'Hérémence ist mit 285 m Höhe die höchste Betonstaumauer der Welt. Sie liegt 17 km südlich von Sitten auf 2365 m Höhe. Ihr Bau erfolgte 1951 bis 1962, wobei neun Sommer für die Herstellung und den Einbau von fast 6 Mio. m³ Beton benötigt wurden. Der zur Wasserkraftnutzung dienende Speicher von 401 Mio m³ Inhalt ist der grösste der Schweiz. Der von Arbeitern, Technikern und Ingenieuren verlangte Arbeitseinsatz war gewaltig. Im Jahr 1954, genauer am 6. Oktober – so die Statistik – arbeitete mit 1576 Männern die während der ganzen Bauzeit höchste erreichte Zahl an Arbeitskräften auf der riesigen Baustelle. Während der gesamten Bauzeit waren es über 3000 Arbeiter. 60 Prozent von ihnen stammten aus dem Wallis, 20 Prozent waren Schweizer aus anderen Kantonen und 20 Prozent kamen aus Italien. Auch wenn sich im Laufe der Bauzeit die sozialen Bedingungen wie Versicherungen, Freizeitbeschäftigung und die medizinische Betreuung sehr deutlich verbesserten, der Arbeitsrhythmus blieb immer gleich hart: elf Stunden Arbeit pro Tag und zehn pro Nacht. Verteilt auf die gesamte Bauzeit wurden etwa 500 Millionen Franken an Löhnen ausbezahlt. In einer Alpwirtschaft, in welcher der Tourismus die Landwirtschaft mit ihren niedrigen Einkommen noch nicht abgelöst hatte, waren diese Löhne sehr willkommen.

Als am 22. September 1961 die Arbeiten an der Staumauer beendet wurden, war der Stausee bereit, bevor das zum Auf-

füllen benötigte Zuleitungsnetz vollendet war. Dieser Vorsprung lässt sich zum einen mit der sehr gut motivierten, dynamischen Belegschaft erklären, zum anderen aber auch durch einen Einsatz von Mitteln, die stets dem neuesten Stand der Technik entsprachen. Die grösste Schwierigkeit, die geplante Kadenz aufrecht zu erhalten, bestand darin, das benötigte Material mit uhrwerkässig arbeitenden Transportmitteln auf die Baustelle zu bringen. Die aus den Moränen von Pralfeuri gewonnenen Materialien passierten einen grossen Steinbrecher, der sie in Brocken der erforderlichen Kaliber von 0,1 bis 120 mm zermalmte. Anschliessend wurde der Kies mit einem Förderband in die Beton-Zentrale von Blava transportiert. Der Zement seinerseits – eine Million und dreihunderttausend Tonnen – verlangte für seine Produktion die intensive Zusammenarbeit von neun schweizerischen Zementfabriken. Mit speziellen Eisenbahnwagen gelangte der Zement nach Sitten; von Chandolin wurde er mit einer eigens dafür gebauten Luftseilbahn nach Blava transportiert. Die Luftseilbahn beförderte zweihundert Tonnen Zement pro Stunde in Kübeln mit einem Fassungsvermögen von 400 kg. Auf der Baustelle beförderten Kabelkräne, die sich auf einer Reihe von quer über das Tal gespannten Kabeln bewegten, die gefüllten Betonkübel und schwerste Lasten – bis zu irgendeiner beliebigen Stelle der im Bau befindlichen Staumauer.

Die «Schweizer Monatshefte» rufen mit dem Titelbild und im Dossier die grossartige Leistung von Mensch und Technik beim Bau der Grande Dixence in Erinnerung – eine kleine historische Reminiszenz aus der Zeit des grossen Aufbruchs.

MICHAEL WIRTH